
Keine Parteienverdrossenheit, aber Parteienkritik

Die Bürgerorientierungen gegenüber den Bundestagsparteien

Oskar Niedermayer

1 Einleitung

Kritik an den politischen Parteien in Deutschland ist „so alt wie die Parteien selbst“ (Stöss 1990: 15).¹ Auch die Parteienforschung diagnostiziert wiederholt eine Krise im Verhältnis zwischen Bürgern und Parteien, problematisiert und differenziert diese Feststellung aber auch immer wieder. Ende der Siebzigerjahre ging die bisher primär unter dem Stichwort der „Legitimationskrise des Parteiensystems“² geführte Debatte in die Diskussion um die „Parteienverdrossenheit“ (Rönsch 1977: 366) über und hat seither eine Fülle von Analysen hervorgebracht, die unter diesem Stichwort das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu den

1 Zum historischen „Antiparteienaffekt“ als Merkmal der politischen Kultur in Deutschland vgl. z.B. Kindler 1958 und Faul 1964. Zur ideologiekritischen und empirischen Auseinandersetzung mit der Parteienstaatskritik vgl. z.B. Gabriel/Holtmann 2010.

2 So der Titel von Dittberner/Ebbighausen 1973; zur empirisch fundierten Kritik an der Legitimationskrisenthese vgl. Kaase 1979.

politischen Parteien empirisch untersuchen, wobei sie zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen.³

Diese unbefriedigende Situation ist meines Erachtens durch eine unzureichende theoretische Konzeptualisierung von Parteienverdrossenheit in einem Teil der Forschungsliteratur bedingt, sodass einerseits unterschiedliche Orientierungsobjekte vermengt werden und andererseits Parteienverdrossenheit zum Teil durch ungeeignete Indikatoren gemessen wird. Im Folgenden wird daher zunächst eine theoretische Konzeptualisierung von Parteienverdrossenheit vorgestellt, die diese Probleme vermeidet. Danach wird verdeutlicht, welche Indikatoren zu ihrer Messung nicht geeignet sind, und die Bürgerorientierungen gegenüber den Bundestagsparteien werden auf eine Weise operationalisiert, die es erlaubt, unterschiedliche Orientierungstypen zu differenzieren. Im empirischen Teil dieses Beitrags werden dann die Parteiorientierungen der Bevölkerung von 1977 bis 2011 längsschnittlich analysiert, einige ihrer wesentlichen Bedingungsfaktoren verdeutlicht und ihr Einfluss sowohl auf die Demokratiezufriedenheit als auch auf die Wahlbeteiligung untersucht.

2 Die theoretische Konzeptualisierung von Parteienverdrossenheit

Politische Orientierungen ermöglichen den Umgang mit der politischen Realität. Sie sind unterschiedlicher Art und beziehen sich auf eine Vielzahl von Objekten.⁴ Objekte von politischen Orientierungen können sowohl die Strukturen des politi-

3 Vgl. z.B. Abromeit 1982, Arzheimer 2002, Dalton/Rohrschneider 1990, Ehrhart/Sand-schneider 1994, Falter/Rattinger 2002, Falter/Schumann 1994, Fischer 1993, Gothe/Schleyer/Weber 1997, Keil 2005, Klein/Falter 1996, Kleinhenz 1995, Klingemann 1986 und 1998, Krimmel 1996 und 1997, Küchler 1982, Maier 2000a und 2000b, Niedermayer 1996, 2005 und 2006, Pickel/Walz 1997, Rattinger 1993, 2000 und 2006, Rieger 1994, Schultze 1980, Stöss 1990, Thaidigsmann 2000 und Westle 1989a, 1989b, 1990a und 1990b. Zur umfangreichen Literatur über das Vertrauen in die politischen Parteien im Rahmen der Diskussion um das Institutionenvertrauen vgl. den Beitrag von Heiko Biehl in diesem Band. Zur Diskussion um die Krise der Volksparteien, in der der Terminus der Parteienverdrossenheit nur eine marginale Rolle spielt, vgl. z.B. schon Wil-denmann 1989 und Wiesendahl 1992, als neueste Beiträge vgl. die ausführliche Analyse von Wiesendahl 2011 und den Überblick von Niedermayer 2013. In der neuesten Darstellung über die Einstellungen der Bevölkerung zu den Parteien (vgl. Gabriel 2013) wird ausführlich auf die Kritik an den Parteien eingegangen. Der Begriff der Parteienverdrossenheit taucht allerdings nicht auf.

4 Die folgenden Überlegungen basieren auf den Arbeiten von Almond 1980, Almond/Powell 1988, Almond/Verba 1965, Easton 1965 und 1975, Fishbein/Ajzen 1975, Nieder-

schen Systems, d.h. das politische Ordnungsmodell und die politisch handelnden individuellen und kollektiven Akteure, als auch die inhaltlichen Handlungsergebnisse in Form konkreter politischer Entscheidungen und deren Folgen sein. Die strukturelle Dimension lässt sich untergliedern in Orientierungen gegenüber:

- der eigenen politischen Rolle;
- den politischen Herrschaftsträgern, d.h. dem momentanen politischen Führungspersonal und den momentanen Rolleninhabern im Bereich der politischen Institutionen;
- der politischen Ordnung mit ihren Institutionen, Werten, Normen und Autoritätsrollen;
- der politischen Gemeinschaft, wozu die Haltung zur Nation als territoriale und zu den Mitbürgern als soziale Dimension zählen.

Bei den Orientierungen lassen sich, nach dem Kriterium zunehmender Verhaltensrelevanz, drei Arten unterscheiden:

- kognitive, der Wahrnehmung der politischen Wirklichkeit dienende Orientierungen, d.h. das politische Interesse und objektive bzw. subjektive Wissen der Bürger;
- evaluative, der Realitätsbewertung dienende Orientierungen, d.h. die Beurteilung politischer Orientierungsobjekte auf einem negativ/positiv-Kontinuum. Diese Orientierungsart lässt sich wiederum untergliedern in generelle Beurteilungen, affektiv-wertbezogene Beurteilungen wie z.B. die Sympathie und rational-ergebnisbezogene Beurteilungen, d.h. die Beurteilung der Leistungen der Orientierungsobjekte nach Kosten/Nutzenerwägungen;
- konative Orientierungen (Verhaltensabsichten), d.h. die Bereitschaft zur Ausführung politischer Aktivitäten.

Politische Orientierungen sind Merkmale von Individuen. Geht man von der Mikro- auf die Makroebene über und betrachtet die Verteilung individueller politischer Orientierungen in einem Kollektiv, z.B. einer Nation, dann spricht man von politischer Kultur.

Parteien können im Rahmen dieser Konzeptualisierung zwei verschiedene Orientierungsobjekte darstellen: sie können entweder als politische Herrschaftsträger oder als Teil des Institutionengefüges der politischen Ordnung konzeptualisiert werden. Im ersten Fall beziehen sich die Orientierungen – wenn sie auf

mayer/Westle 1995 und Westle 1989b.

der Bundesebene gemessen werden sollen – nur auf die jeweils im Bundestag vertretenen Parteien, da die anderen existierenden Parteien nicht zu den Trägern politischer Herrschaft auf dieser Ebene zählen.

Zudem können gegenüber Parteien unterschiedliche Arten von Orientierungen existieren: Kognitive Orientierungen liegen vor, wenn die Bürger z.B. einzelnen Parteien bestimmte Positionen zu politischen Sachfragen zuschreiben. Durch evaluative Orientierungen werden die Parteien entweder generell oder affektiv-wertbezogen bzw. rational-ergebnisbezogen beurteilt. Konative Orientierungen drücken sich vor allem in der Wahlbereitschaft zugunsten einer bestimmten Partei aus.⁵

Vor diesem Hintergrund lässt sich Parteienverdrossenheit als generelle negative evaluative Orientierung gegenüber (1) der Gesamtheit der im Bundestag vertretenen politischen Parteien als politischen Herrschaftsträgern⁶ oder (2) den Parteien als Institutionen der politischen Ordnung definieren.

3 Die Operationalisierung von Parteienverdrossenheit

Da die Parteienverdrossenheit eine Orientierung darstellt, muss sie auch über Indikatoren gemessen werden, die sich auf Orientierungen beziehen. Die vor allem in der öffentlichen Debatte, aber auch in der wissenschaftlichen Diskussion, immer wieder als Beleg für eine zunehmende Parteienverdrossenheit angeführten Verhaltensindikatoren wie der Rückgang der Wahlbeteiligung bzw. der Stimmabgabe für die etablierten Parteien sowie die Gründung und der Wahlerfolg neuer Parteien oder der Mitgliederschwund der Parteien⁷ sind keine Indikatoren für Parteienverdrossenheit, sondern mögliche Konsequenzen für das Verhalten der

5 Damit wird die Weiterentwicklung des Ansatzes von Easton (1965 und 1975) durch Westle (1989b) in Bezug auf die beiden Orientierungsobjekte übernommen, nicht jedoch ihre Ausdifferenzierung der beiden Unterstützungskategorien Eastons (diffuse und spezifische Unterstützung) in diffuse, diffus-spezifische, spezifisch-diffuse und spezifische Unterstützung, da eine so stark differenzierte Analyse von Parteiorientierungen mit den vorhandenen Daten längsschnittlich nicht geleistet werden kann.

6 Die generelle negative evaluative Orientierung muss gegenüber der Gesamtheit der Bundestagsparteien bestehen, da ein Individuum, das gegenüber einer der im Bundestag vertretenen Parteien eine positive Orientierung aufweist, nicht generell partei- verdrossen ist, sondern nur die politischen Gegner der von ihm präferierten Partei negativ bewertet.

7 Zur Verwendung dieser Indikatoren in der wissenschaftlichen Literatur vgl. z.B. Rieger 1994.

verschiedenen Akteure, die sich aus einer zunehmenden Parteienverdrossenheit der Bevölkerung, aber – wie die Forschung zeigt – bei Weitem nicht nur aus diesem Grund, ergeben können. Auch Indikatoren, die Verhaltensabsichten – also konative Orientierungen wie die Wahlabsicht – messen, sind ungeeignet, da sie keine Bewertungen darstellen.

Zudem wird Parteienverdrossenheit hier als generelle Orientierung gegenüber den Parteien konzeptualisiert. Daher kommen zu ihrer Messung im Rahmen unserer Konzeptualisierung auch weder Indikatoren in Betracht, die sich auf eine rein affektiv-wertbezogene Orientierung beziehen – wie die im sozialpsychologischen Modell zur Erklärung des Wahlverhaltens verwendete, als langfristige affektive Bindung an eine Partei verstandene Parteiidentifikation⁸, – noch Indikatoren, die primär eine rational-ergebnisbezogene Bewertung der Parteien darstellen, wie das Gefühl der Bürger, im Rahmen des politischen Entscheidungsprozesses mit ihren Interessen durch politische Parteien vertreten zu werden⁹, die Zuschreibung von Problemlösungskompetenz¹⁰ oder die Bewertung der Responsivität der politischen Parteien.¹¹ Da wir die Entwicklung einer möglichen Parteienverdrossenheit der Bevölkerung über einen längeren Zeitraum hinweg untersuchen wollen, können wir uns auch nicht auf Indikatoren stützen, die in Spezialstudien erhoben wurden und nur einmalig oder für wenige Zeitpunkte zur Verfügung stehen.¹²

Die Orientierungen gegenüber den Parteien als Institutionen der politischen Ordnung, die in der Regel über das – als Indikator nicht unproblematische – Vertrauen in die politischen Parteien im Rahmen von Analysen des Institutionenvertrauens operationalisiert werden, sind Gegenstand des Beitrags von Heiko Biehl in diesem Band. Der folgende Vorschlag zur Operationalisierung von Parteienverdrossenheit bezieht sich daher auf die generellen evaluativen Orientierungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Parteien als politischen Herrschaftsträgern.

8 Zur Verwendung dieses Indikators im Rahmen der Parteienverdrossenheitsdiskussion vgl. z.B. Arzheimer 2002, Dalton/Rohrschneider 1990, Pickel/Walz 1997, Westle 1989a, 1989b, 1990a und 1990b.

9 Vgl. hierzu z.B. Arzheimer 2002, Thaidigsmann 2000, Weißels 2009.

10 Vgl. hierzu z.B. Arzheimer 2002.

11 Vgl. hierzu z.B. Arzheimer 2002, Küchler 1982, Pickel/Walz 1997 und Stöss 1990.

12 Wie z.B. einige der bei Westle (1989a, 1989b, 1990a und 1990b) verwendeten Indikatoren oder die Antworten auf eine offen gestellte Frage nach den guten und den schlechten Seiten von Parteien, die von Klingemann (1986 und 1998) analysiert werden.

Der zur Messung dieser Orientierungen verwendete Indikator muss folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Er muss generelle evaluative Orientierungen messen.
- Er muss alle im Bundestag vertretenen Parteien – und nur diese – einschließen.
- Er darf sich nicht pauschal auf die Gesamtheit der im Bundestag vertretenen Parteien beziehen, sondern muss die Orientierungen gegenüber jeder einzelnen Partei gesondert erfassen, damit es zu einer empirisch beantwortbaren Frage wird, ob und in welchem Ausmaß Pauschalurteile über die Parteien abgegeben werden. Damit lässt sich dann auch eine ‚Parteiverdrossenheit‘, also die negative Bewertung einer bestimmten Partei, von der ‚Parteienverdrossenheit‘, also einer pauschalen negativen Bewertung aller im Bundestag vertretenen Parteien, trennen.
- Er sollte in Form eines der in der Umfrageforschung seit längerer Zeit verwendeten Instrumente zur Verfügung stehen, um Längsschnittanalysen der Orientierungen durchführen zu können.

All diese Voraussetzungen werden durch die von der Forschungsgruppe Wahlen e.V. im Rahmen der monatlichen Politbarometerumfragen seit 1977 erhobenen Parteiskalometer erfüllt. Dort werden die Befragten gebeten, eine generelle Beurteilung jeder einzelnen Partei abzugeben, wobei sie ihre Meinung in Form einer 11-Punkte-Skala von -5 (halte überhaupt nichts von der Partei x) bis +5 (halte sehr viel von der Partei x) sehr fein abstufen können. Die Parteiskalometer werden oft als „Sympathieskalometer“ bezeichnet und daher folgerichtig nicht als generelle, sondern als affektiv-wertbezogene Orientierungen behandelt.¹³ Diese Interpretation wird jedoch von der Frageformulierung nicht gestützt.¹⁴

Die Parteiskalometer erlauben zunächst einmal, die generellen evaluativen Orientierungen der Bürger gegenüber jeder einzelnen im Bundestag vertretenen Partei zu analysieren. Darüber hinaus ist es möglich, durch die Kombination der Einzelantworten eine Typologie von Parteiorientierungen zu bilden, die fünf Typen umfasst:

13 Vgl. z.B. Maier 2000a und Westle 1989a, 1989b, 1990a und 1990b.

14 Die Frageformulierung lautet: „Und nun noch etwas genauer zu den Parteien. Stellen Sie sich einmal ein Thermometer vor, das aber lediglich von plus 5 bis minus 5 geht, mit einem Nullpunkt dazwischen. Sagen Sie es bitte mit diesem Thermometer, was Sie von den einzelnen Parteien halten: +5 bedeutet, dass Sie sehr viel von der Partei halten, -5 bedeutet, dass Sie überhaupt nichts von der Partei halten. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft sagen.“

- „Begeisterung“ liegt vor, wenn ausnahmslos alle im Bundestag vertretenen politischen Parteien positiv beurteilt werden;
- „Wohlwollen“ liegt vor, wenn die Beurteilung der Parteien im Durchschnitt positiv ausfällt;
- „Indifferenz“ liegt vor, wenn die Beurteilung im Schnitt neutral ausfällt oder alle Parteien mit „0“ bewertet werden;
- „Skepsis“ liegt vor, wenn die Beurteilung der Parteien im Durchschnitt negativ ausfällt;
- „Verdrossenheit“ liegt vor, wenn alle im Bundestag vertretenen Parteien negativ beurteilt werden.

Damit lassen sich die Parteiorientierungen im Rahmen der politischen Kultur der Bundesrepublik differenziert abbilden. Die Typologie erlaubt es, nicht nur die Gruppe der Parteienverdrossenen eindeutig abzugrenzen, sondern auch die Nicht-Parteienverdrossenen zu differenzieren in diejenigen, die ein positives Pauschalurteil über die Parteien fällen, und diejenigen, die differenzierte, insgesamt eher wohlwollende oder eher skeptische Urteile abgeben.

Die Parteiskalometer wurden schon in früheren Analysen zur Messung von Parteiverdrossenheit verwendet, allerdings in anderer Form: Rattinger¹⁵ verwendet den Mittelwert der jeweils besten Bewertung, die die Befragten an eine der ‚etablierten‘ Parteien vergeben, wobei er CDU, CSU, SPD und FDP als etablierte Parteien ansieht. Damit wird jedoch zum einen nur die Verdrossenheit in Bezug auf diese Parteien gemessen – wobei sich die Frage stellt, ab wann die Grünen und die Linkspartei als etabliert zu gelten haben¹⁶ – und zum anderen besteht keine Möglichkeit einer Differenzierung derjenigen, die nicht parteienverdrossen sind. Die von Krimmel (1996, 1997) gewählte Vorgehensweise, einfach den Mittelwert aller Bewertungen zu bilden, lässt noch nicht einmal die Abgrenzung der Gruppe zu, die wir als parteienverdrossen bezeichnen, da ein negativer Gesamtmittelwert nicht bedeuten muss, dass alle Parteien negativ bewertet werden. Kleinhenz (1995: 171) hingegen teilt die Befragten in zwei Klassen ein: „Bürger, die jede Partei negativ oder neutral benoten, und Bürger, die zumindest eine der Parteien positiv bewerten“. Im Lichte seiner eigenen Intention, die Entfremdungsthese zu überprüfen, nach der „Bürger, die die Parteien generell negativ beurteilen“ (ebd.), eher

15 Vgl. Rattinger 1993 und 2000; vgl. auch Arzheimer 2002, Keil 2005 und Maier 2000a.

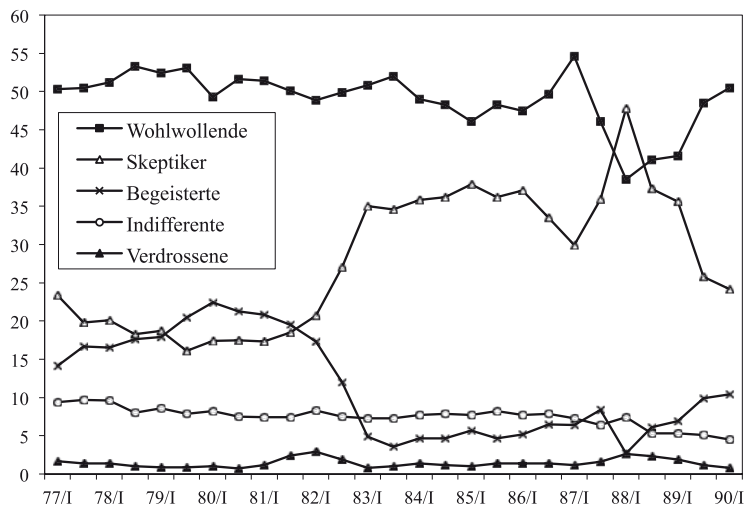
16 So bilden Gothe/Schleyer/Weber (1997) in Anlehnung an die Operationalisierung Rattingers schon 1997 einen Parteiskalometer-Index zur Messung der Verdrossenheit in Bezug auf das ‚etablierte‘ Parteiensystem, der im Westen auch die Grünen und im Osten zusätzlich die damalige PDS enthält.

zur Nichtwahl neigen, ist diese Einteilung jedoch nicht sinnvoll und zudem erlaubt sie nicht, die große Gruppe der Nicht-Parteiverdrossenen zu differenzieren.

4 Die Orientierungen der Bürger gegenüber den im Bundestag vertretenen Parteien 1977 bis 2011

Analysiert man die Entwicklung der Größenordnungen der fünf von uns unterschiedenen Orientierungstypen in der deutschen Bevölkerung von Mitte der Siebzigerjahre bis kurz vor der Wiedervereinigung, so waren in der gesamten Zeit etwa 1 bis 2 Prozent der Bürgerinnen und Bürger parteiunverdrossen, bewerteten also alle jeweils im Bundestag vertretenen Parteien negativ (vgl. Abbildung 1). Die Höhepunkte wurden mit 2,9 Prozent im ersten Halbjahr 1982 und 2,6 Prozent im ersten Halbjahr 1988 erreicht, der niedrigste Wert mit 0,7 Prozent bei der Bundestagswahl im zweiten Halbjahr 1980. Der Anteil der pauschal Begeisterten lag zunächst bei bis zu einem Fünftel der Befragten, stürzte aber 1982/83 auf nur noch um die 5 Prozent ab und erholte sich bis kurz vor der Vereinigung auf knapp 10 Prozent. Die beiden Gruppen, die Pauschalurteile über die im Bundestag vertretenen Parteien fällten, waren also eine deutliche Minderheit. Die Indifferenten nahmen von zunächst etwa 10 Prozent auf zum Schluss etwa 5 Prozent ab.

Die größte Gruppe bildeten von Anfang an die Wohlwollenden, die bis Mitte der Achtzigerjahre in der Regel die absolute Mehrheit der Bevölkerung umfassten. Danach nahm der Anteil dieser Gruppe etwas ab, stieg anlässlich der Bundestagswahl im ersten Halbjahr 1987 nochmals auf einen Höhepunkt von knapp 55 Prozent, sackte danach deutlich ab und erholte sich erst wieder 1989/90. Der Anteil der Skeptiker nahm zunächst etwas ab, steigerte sich dann anfangs der Achtzigerjahre jedoch auf ein gutes Drittel und überflügelte im ersten Halbjahr 1988 sogar kurzfristig die Gruppe der Wohlwollenden bevor er wieder drastisch absank.



Quelle: eigene Berechnungen mit Politbarometerdaten der Forschungsgruppe Wahlen e.V.

Abbildung 1 Orientierungen gegenüber den im Bundestag vertretenen Parteien von 1977 bis zur Wiedervereinigung (Angaben in Prozent)

Der Verlauf der Orientierungen gegenüber den im Bundestag vertretenen Parteien in der alten Bundesrepublik zeigt daher in zwei Phasen deutliche Veränderungen. Die erste Phase anfangs der Achtzigerjahre war durch die koalitionspolitische Umorientierung der FDP und vor allem durch das Hinzukommen der Grünen geprägt. Durch den Bruch der sozialliberalen Koalition mit dem Sturz des Bundeskanzlers Helmut Schmidt durch ein konstruktives Misstrauensvotum von Union und FDP sackte die FDP im zweiten Halbjahr 1982 zum ersten Mal seit Beginn der Messung 1977 in der Bewertung durch die Bevölkerung so stark ab, dass sie in den Minusbereich rutschte und dadurch wesentlich zum Rückgang der Gruppe der Begeisterten vor allem zugunsten der Skeptiker beitrug (vgl. Abbildung 2).¹⁷ Die Grünen nahmen zwar schon 1980 zum ersten Mal an einer Bundestagswahl teil, schafften aber erst Anfang 1983 den Einzug in den Bundestag. Sie konnten daher erst ab diesem Zeitpunkt als Auffangbecken für die immer

¹⁷ Von Ende 1977 bis zu diesem Zeitpunkt lag – mit Ausnahme einer neutralen Bewertung der CSU im zweiten Halbjahr 1980 – die durchschnittliche Bewertung jeder einzelnen im Bundestag vertretenen Partei im positiven Bereich.

noch sehr kleine Gruppe von Parteienverdrossenen dienen. Andererseits wurden sie jedoch von der Mehrheit der Bevölkerung vom Beginn der Messung 1980 an im Schnitt sehr negativ bewertet, sodass ihr Hinzukommen zu den im Bundestag vertretenen Parteien ab dem ersten Halbjahr 1983 die Gruppe der Begeisterten nochmals stark schrumpfen und die Gruppe der Skeptiker stark zunehmen ließ.

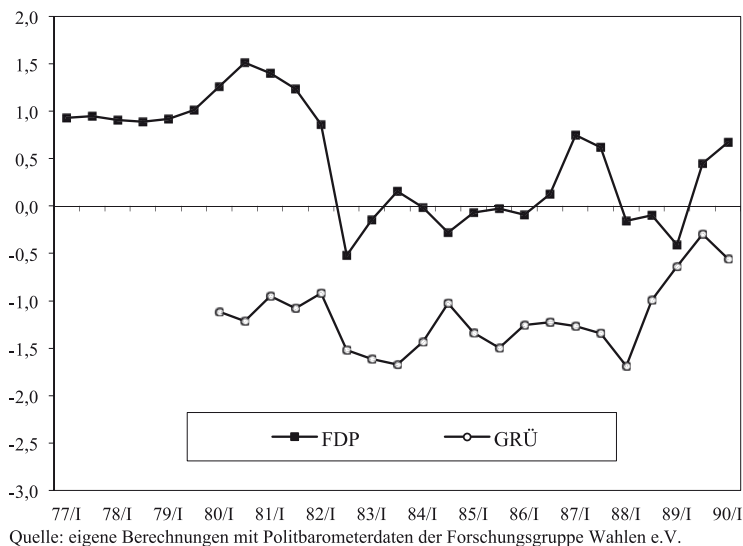


Abbildung 2 Orientierungen gegenüber der FDP und den Grünen von 1977 bis zur Wiedervereinigung (Angaben in Prozent)

Die zweite Phase deutlicher Veränderungen der Parteiorientierungen Ende der Achtzigerjahre ist von der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR und der Wiedervereinigung geprägt. Die Bürgerinnen und Bürger hatten gegen Ende der Achtzigerjahre insbesondere die Regierungsparteien immer kritischer beurteilt. Dies kulminierte im ersten Halbjahr 1988 darin, dass die CDU ihren schlechtesten Wert seit Beginn der Messung hinnehmen musste und die drei kleineren Parteien CSU, FDP und die Grünen zum ersten Mal alle im Schnitt negativ beurteilt wurden, sodass die Begeisterten auf den niedrigsten Stand zurückfielen, die Parteienverdrossenen ihren zweiten Höhepunkt nach 1982 erreichten und die Skeptiker die Wohlwollenden überflügelten. Die danach beginnende Wiederver-

Abkehr von den Parteien?

Parteiendemokratie und Bürgerprotest

Niedermayer, O.; Höhne, B.; Jun, U. (Hrsg.)

2013, VI, 310 S. 48 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-02408-6